

**Das Zita-Spital und der Instrumentenbetrieb.**

— Sitzung der Finanzkommission. —

Nach den Sommerferien hielt die hauptstädtische Finanzkommission heute unter Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bódy ihre erste Sitzung, die sich mit einer höchst peinlichen Angelegenheit befahte. Dr. Wilhelm Vázsonyi benützte die erste sich bietende Gelegenheit, um die Mißbräuche im Zita-Spital und bei dem Betrieb für chirurgische Instrumente zur Sprache zu bringen. In einer glänzenden, geistprühenden Rede sprach er über die Zustände in den hauptstädtischen Betrieben, bei denen er, trotz seiner wiederholten Urgenz, die Kontrolle der Generalversammlung noch immer vermisst. An der Rede Vázsonyi's, deren Inhalt wir bedingungslos als richtig anerkennen, haben wir jedoch auszusetzen, daß er die Generalversammlung, ohne daß sie in Verbindung mit den festgestellten Mißbräuchen angeklagt worden wäre, selbst auf die Anklagebank setzt, um in ihrem Interesse eine großangelegte Verteidigungsrede zu halten. Von überwältigender Wirkung war jener Theil seiner Rede, in welcher er der Regierung den Vorwurf machte, daß sie, um von ihren eigenen Sünden und Unterlassungen die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken, jede Gelegenheit ergreift, um die Hauptstadt herabzusetzen und zu diskreditiren, ohne daß der Bürgermeister sich veranlaßt sehen würde, dieses böswillige Treiben durch energisches Entgegenstreben auf dessen richtigen Werth herabzumindern. Bürgermeister Stephan Bárczy berichtete, auf die Ausführungen Vázsonyi's reflektirend, über den derzeitigen Stand der eingeleiteten Untersuchung in Sachen der festgestellten Mißbräuche und erklärte, daß er für die Administration der Hauptstadt allein die Verantwortung trage, ohne sie auf die Vizebürgermeister abwälzen zu wollen. Am wenigsten aber könne Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy verantwortlich gemacht werden, weil er seit Januar 1915 mit der Sanitätssektion und deren Nebenabtheilungen nichts zu thun habe, da er, Redner, diese Sektion seit dieser Zeit revidire. Von den Maßnahmen des Justizministers und des Ministers des Innern in dieser Angelegenheit hatte er vorher Kenntniß.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichten wir in Folgendem:

Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy eröffnete die Sitzung um 1/11 Uhr.

Vor der Tagesordnung meldet sich Dr. Wilhelm Vázsonyi zum Wort, um die Affairen des Zita-Spitals und des Instrumentenbetriebes zur Sprache zu bringen und den Bürgermeister um Aufklärungen über diese peinlichen Affairen zu ersuchen. Zunächst protestirt Redner gegen eine solche Einstellung der Affairen, als wenn nicht außerhalb der kommunalen Kreise stehende Personen sich eingemengt hätten, die Mißbräuche

niemals aufgedeckt worden wären. Er legt auch dagegen energisch Verwahrung ein, daß wegen der Mißbräuche, die durch einzelne Angestellte der Hauptstadt berüht werden, der öffentliche Geist der Hauptstadt angegriffen und der ganze Municipalausschuß zur Verantwortung gezogen werde. Kann man ihn zum Beispiel für das mißberlegte Vorgehen des Magistratsraths Buzay verantwortlich machen, der im Zita-Spital seinen Hausbedarf gedeckt hat? Was die Affaire des Instrumentenbetriebes betrifft, wundert sich Redner, daß die von dem früheren Direktor Madár Dénes verübten Mißbräuche nicht entdeckt werden konnten. Wie wurde er kontrollirt, wenn er nach Belieben Käufe und Verkäufe effectuiren konnte? Schuld hieran ist zweifellos die laxen Kontrolle; jene Organe, die mit der Kontrolle des Betriebes beauftragt waren, haben sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht. Deshalb aber den ganzen Municipalausschuß hierfür verantwortlich zu machen, sei lächerlich; dieser Betrieb ist ein Werk des Magistrats, der die Statuten des Betriebes niemals der Generalversammlung vorgelegt hat. Diese ist nur für jene Beschlüsse verantwortlich, die sie selbst gefaßt hat. Die Stadtrepräsentanten können die Handlungen des Magistrats nicht beeinflussen, schon deshalb nicht, weil kein Stadtrepräsentant Mitglied des Magistrats ist. Auch die Beschuldigung, der Bürgermeister siehe unter dem stärksten Einflusse der Stadtrepräsentanten, die ihn in seiner Bewegungsfreiheit hindern, sei vollkommen unbegründet. Die Hauptstadt habe bisher noch keinen Bürgermeister gehabt, der über so viel Macht und Einfluß verfügt hätte, wie der jetzige. Für die Pflichtvergehen einiger Angestellten könne nicht die ganze Hauptstadt angeklagt werden. Die Regierung, die jede Gelegenheit benützt, die Hauptstadt herabzusetzen und zu kompromittiren, vergißt unsere harten Kämpfe, die wir bei der Verwirklichung des Kommunalisierungsprinzips mit den mächtigen Kreisen, mit den stärksten Einflüssen zu bestehen hatten. Man solle die Schuldigen streng bestrafen, die anständigen Leute dürfen aber nicht kompromittirt werden.

Redner weist sodann auf die Nachteile hin, die sich daraus ergeben, daß die Generalversammlung auf die Leitung der Betriebe nicht den geringsten Einfluß üben kann. Der Generalversammlung müsse Einblick in die Leitung der Betriebe gewährt werden. Dieser Zustand kann nicht weiter bestehen, die Frage der Kontrolle der Betriebe bedarf ehestens einer radikalen Regelung.

Redner verweist auf die Ueberbürdung einzelner Magistratsräthe und unterzieht dann das Verhalten der Regierung gegenüber der Hauptstadt einer scharfen Kritik. Dem Bürgermeister wirft er vor, daß er die sonderbare Behandlungsweise, die die Regierung ihm und der Hauptstadt häufig angedeihen lasse, sowie die Beweise des Mißtrauens von Seiten der Regierung ruhig hinnehme. Die Regierung, deren Vertreter die Hauptstadt stets ausnützen, benützt jede Gelegenheit, um die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Sünden und Unterlassungen abzulenken, die Hauptstadt zu diskreditiren, wie dies erst kürzlich Finanzminister Johann Telekso gethan hat. Wie kann der Bürgermeister seine Autorität erhalten, wenn er dies ruhig duldet? Der Bürgermeister hat die Pflicht, alle gegen die Hauptstadt gerichteten Angriffe mit größter Energie zurückzuweisen und die Ehre der Hauptstadt gegen Jedermann zu verteidigen. Er bittet den Bürgermeister, in der Administration der Hauptstadt Ordnung zu schaffen, jeden Mißbrauch ohne alle persönlichen Rücksichten schonungslos zu ahnden und mit aller Energie die Reputation der Hauptstadt zu schützen, dieser Stadt, die man so ausnütze und die dann jeder anspreie. Schlagen wir, sagt Redner, jeden Angriff mit geballter Faust nieder. Lebhaftes Eisenruse und Applaus.

Bürgermeister Stephan Bárczy befaßt sich mit der Angelegenheit des Zita-Spitals und stellt fest, daß dort im Juli dieses Jahres Mißbräuche entdeckt wurden, denen zufolge er den Magistratsrath Karl Buzay aus der Sektion versetzt hat, während Arpád Hézer, der Approvisionierungsbeamte des Spitals, von seiner Stelle dispensirt wurde. Bemerken will er, daß die Verpflegung der Kranken unter den Mißbräuchen nicht gelitten hat, ja es könne festgestellt werden, daß in diesem Spital die Verpflegung die beste war. Später wurden auch im kommunalen Instrumentenbetrieb schwere Mißbräuche entdeckt, die zur Folge hatten, daß der Direktor Madár Dénes zur Abdankung von seiner Stelle veranlaßt wurde und mit ihm wurde auch gegen die Rechnungsbeamten Franz Koblér und Desider Dörpáczly das Disziplinarverfahren eingeleitet. Es wurde festgestellt, daß die berufenen Kontrollorgane ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Dieser Betrieb sei eigentlich kein Betrieb, sondern nur ein Organ der hauptstädtischen Verwaltung, das unter Kontrolle der Sanitätssektion stand. Der Mißbrauch besteht demnach hauptsächlich darin, daß der Direktor des Betriebes entgegen den statutarischen Bestimmungen auch an Händler und Institute verkauft hat, die nicht zur Hauptstadt gehören. Davon, das Militärspitaler Waaren erhielten, mußte Magistratsrath Buzay, davon aber, daß auch Händler erhielten, wußte Niemand etwas. Die Untersuchung ist noch im Zuge und nach deren Beendigung wird er über das Ergebnis derselben der Generalversammlung Bericht erstatten. Daß er, Redner, von einigen Blättern in Schutz genommen und die Generalversammlung angegriffen wurde, hat er deshalb nicht rich-